



Unterschiedliche Ansichten zur Unterbringung von Flüchtlingen in Westendorf: Stephan Stracke (CSU, links) und Bernhard Pohl (FW). Foto: Langer/ Wild

Wer ist schuld?

Der Streit um Flüchtlingsunterbringung geht weiter. Nun melden sich die Politiker Stracke (CSU) und Pohl (Freie Wähler) zu Wort. Landrätin Zinnecker macht ihr Problem deutlich.

Ostallgäu/Kaufbeuren Wer ist schuld an der aufgeheizten Stimmung rund um die Unterbringung von Flüchtlingen? Der Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) ist der Meinung, die „verfehlte Asylopolitik der Bundesregierung ist endgültig im Ostallgäu angekommen“. Es bedürfe einer wuchtigen Neuordnung statt eines Kleinkleins. Landtagsabgeordneter Bernhard Pohl (FW) sagt, dass dieses Problem nicht in Berlin, sondern in Westendorf und im Ostallgäu gelöst werden müsse. „Es eignet sich nicht für eine Grundsatzdiskussion über die Flüchtlingspolitik der Ampel-Regierung.“

Beide Politiker beziehen sich mit ihrer Reaktion vor allem auf die aktuelle Debatte in Westendorf, wo der Landkreis auf dem Gelände des ehemaligen Kreisbauhofs Containern für bis zu 50 Geflüchtete aufstellen möchte. Pohl fordert Landrätin Maria Rita Zinnecker (CSU) auf, auf das Vorhaben zu verzichten. Der Plan sei „rechtlich fraglich

und darf am geplanten Standort aus sozialen Gründen nicht verwirklicht werden“. Damit solidarisiert er sich offen mit den Gegnern in Westendorf, die Sicherheitsbedenken geltend machen, die Infrastruktur nicht für ausreichend halten und Kritik an der Kommunikation der Landrätin üben.

Vom Plakat mit einer Fotomontage, die die Landrätin als Häftling zeigte, distanziert sich Pohl. „Das ist geschmacklos, wenn nicht beleidigend“, sagt er. Er habe von vornherein klar gemacht, dass er nur für eine konkrete Problemlösung zur Verfügung stehe, nicht jedoch für Propaganda gegen Flüchtlinge. Er schlägt vor, „an geeigneten Standorten im Landkreis Wohnungen in Festbauweise“ zu errichten. Das Baugesetzbuch biete dafür Erleichterungen.

Damit gewinne man bezahlbaren Wohnraum für die einheimische Bevölkerung, wenn die Häuser nicht mehr für Geflüchtete benötigt werden. Pohl will zudem den Bund

auffordern, die leer stehende Kasernen in Sonthofen für Asylbewerber bereitzustellen.

„Ich hoffe, dass es Ihnen gelingen kann, bei den Kasernen in Sonthofen, Kaufbeuren oder Füssen etwas zu erreichen“, schreibt Zinnecker an Pohl. Dem bläst in Zinneckers Brief scharfer Gegenwind ins Gesicht. Der Landkreis solle eine Aufgabe erfüllen, die er nicht zu verantworten habe und erhalte dafür nicht die erforderlichen Befugnisse. „Hier hätte ich mir schon längst Ihren Einsatz für unsere Belange bei der bayerischen Staatsregierung erwartet!“, schreibt sie.

Appelle an die Solidarität seien in den Kommunen während des gesamten Jahres fast ungehört verhallt. Das Gelände in Westendorf sei eines der wenigen erschlossenen Grundstücke, die dem Landkreis gehören. Schon belegt wurden das Tagungshaus in Eschers und die Turnhalle der Berufsschule in Marktoberdorf, demnächst folgt ein Zeltbau am Landratsamt. Even-

tuell müsse auf weitere Turnhallen zurückgegriffen werden. „Dies sind Maßnahmen, die ich so nicht will“, die aber nötig seien, so Zinnecker.

Stracke unterstützt seine Parteifreundin Zinnecker. „Die Aufnahmekapazitäten unserer Kommunen sind erschöpft“, heißt es in seinem Brief an Bürgermeister und Gemeinderäte in Westendorf. Bis Ende des Jahres könnten über 350.000 Menschen einen Asylantrag gestellt haben.

„Damit drohen die völlige Überforderung unserer Kommunen und eine Gefährdung der politischen Stabilität unseres Landes.“ Es fehle an Wohnraum, an Kapazitäten für die Integration, an Kita- und Schulplätzen. Ehrenamtler wenden sich aus seiner Sicht immer häufiger frustriert ab. Westendorf sei hierfür ein Beispiel.

Stracke: Der „irreguläre Migrationsdruck“ auf Bundesebene und der Zuweisungsdruck auf die Kreise und Städte müsse begrenzt werden. (avu, af)